

**Antrag vom 23.04.2026**

Eingang bei: L/OB

Datum: 23.04.2026

**Antrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

CDU

Betreff

Wir wollen mit begrenzten Finanzen möglichst viel notwendige Bauprojekte umsetzen – dazu muss aber ergänzend und neu gedacht werden

**Wir beantragen eine gemeinsame Schwerpunktsitzung des Stadtentwicklungsausschusses sowie des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnen vor der Sommerpause zu folgendem Punkt:**

Die Verwaltung stellt dar, mit welchen strategischen, strukturellen und operativen Maßnahmen die Landeshauptstadt Stuttgart – insbesondere durch das Hochbauamt, Stadtplanungsamt und Amt für Umweltschutz – Bauprojekte wirtschaftlicher, planungssicherer und kosteneffizienter planen und umsetzen kann. Dabei sollen insbesondere Ansätze zur Begrenzung von Nutzerwünschen und Baukosten, zur Verbesserung von Planungs- und Kostentransparenz, zur Reduzierung von Risiken, zur Beschleunigung von Verfahren sowie zur effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel insgesamt betrachtet und bewertet werden.

**Begründung:**

Die Landeshauptstadt Stuttgart steht vor der doppelten Herausforderung, hohe Investitionsbedarfe zu bewältigen und zugleich eine extrem angespannte Haushaltslage zu stabilisieren. Steigende Baukosten und wiederkehrende Kostenabweichungen zeigen, dass bestehende Steuerungsinstrumente weiterentwickelt werden müssen. Ziel ist es, Planungssicherheit, Kostentransparenz und Steuerungsfähigkeit zu verbessern.

Ein möglicher Ansatz ist die Einführung klarer Kostenleitplanken, etwa durch Vorgabe von Projektkosten bei standardisierbare Gebäudetypen. Ergänzt um indexbasierte Fortschreibungen und Begründungspflichten bei Abweichungen könnte so frühzeitig mehr Budgetdisziplin und Vergleichbarkeit zwischen Projekten geschaffen werden.

Darüber hinaus sollte geprüft werden, inwieweit eine stärkere Standardisierung von Bauprozessen – beispielsweise durch modulare oder serielle Bauweisen im Schul- und Sportstättenbau – zu geringeren Kosten, kürzeren Bauzeiten und höherer Planungssicherheit beitragen kann. Hierbei stellt sich auch die Frage, bei welchen Projekten ein Architekturwettbewerb angebracht ist und wo darauf verzichtet werden kann. Ebenso ist zu diskutieren, wie künftig überdimensionierte Raumprogramme der Fachverwaltungen vermieden werden können, die entweder baulich nicht umsetzbar sind oder zu übermäßig hohen Gesamtprojektkosten führen.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist eine realistischere Berücksichtigung von Kostenrisiken bereits in frühen Planungsphasen. Eine systematische Risikovorsorge könnte helfen, Nachforderungen zu vermeiden und die Verlässlichkeit der Haushaltsplanung zu erhöhen.

Auch bestehende Regelwerke sollten in diesem Zusammenhang überprüft werden. Dazu gehört insbesondere der bislang unbeantwortete Antrag 0609/2025 AN – „Bericht aus der Praxis zur städtischen Energierichtlinie“. Gerade im Spannungsfeld zwischen energetischen Anforderungen und Baukosten stellt sich die Frage, wie Zielkonflikte transparenter bewertet und wirtschaftlicher gesteuert werden können.

Es besteht eine dringende Notwendigkeit, den bestehenden Werkzeugkasten und die politischen Vorgaben an die finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen, um strukturell ausufernde Baukosten wirksam zu begrenzen und Bauprojekte verlässlicher, wirtschaftlicher und besser steuerbar zu machen. Ziel muss es sein, auch mit begrenztem finanziellem Spielraum möglichst viel der notwendigen kommunalen Infrastruktur zu erhalten und sinnvoll zu ergänzen – anstatt nur wenige Projekte im Goldstandard realisieren zu können.

(gez.)

Alexander Kotz - Fraktionsvorsitzender

Dr. Carl-Christian Vetter - Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Nicole Porsch

Klaus Wenk - Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Beate Bulle-Schmid - Stellvertr. Fraktionsvorsitzende

Jürgen Sauer

**Anlage/n**

Keine